Landtagswahl in Bayern MLPD: Keine Stimme den Parteien der Rechtsentwicklung – stärkt den aktiven Widerstand!

Von Landesleitung Bayern der MLPD

Die Landtagswahlen in Bayern stehen ganz im Zeichen des wachsenden Protests gegen die Rechtsentwicklung der Regierung und der bürgerlichen Parteien. 50 000 Menschen gingen am 22. Juli in München dagegen auf die Straße, und nahmen kämpferisch die CSU als einen der Hauptvertreter dieser reaktionären Politik ins Visier. Mit einer üblen Hetze gegen Flüchtlinge, vermehrten Abschiebungen, Einrichtung von Ankerzentren und einer eigenen Grenzpolizei, meinte die CSU, sich wieder die absolute Mehrheit in Bayern holen zu können. Doch dieser arrogante Anspruch nach dem Motto: „Bayern ist gleich CSU“, an der Markus Söder selbst vor wenigen Wochen noch festhielt, ist wie eine Seifenblase an der Wirklichkeit zerplatzt. Inzwischen musste er den Begriff des „Asyltourismus“ kleinlaut zurücknehmen. Dagegen steht die MLPD für das **Recht auf Flucht, internationale Solidarität** und den gemeinsamen Kampf zur Verteidigung und dem Ausbau unserer bürgerlichen Rechte und Freiheiten.

Aktuell gegen das neue Polizeiaufgabengesetz, mit dem jede kritische,demokratische und revolutionäre Politik bespitzelt, eingeschüchtert und unterdrückt werden kann. Das ist ihre Antwort auf den zunehmenden Linkstrend in der Gesellschaft.

Der **fortschrittliche Stimmungsumschwung ist auch in Bayern die bestimmende Seite** in der wachsenden Polarisierung in der Gesellschaft geworden. Dies zeigt sich in den Protesten gegen das neue Polizeiaufgabengesetz, den kämpferischen Tarifrunden, den Demos gegen die Abschiebungen von Flüchtlingen oder auch dem breiten antifaschistischen Kampf. Obwohl die MLPD in den Medien zensiert wird, haben wir wichtige Beiträge zum aktiven Widerstand geleistet, den breiten kämpferischen Zusammenschluss gefördert, als erstes den Rücktritt von Innenminister Seehofer und dann auch der ganzen Bundesregierung gefordert.

Abwahl der CSU-Landesregierung – aktiver Widerstand

Nach letzten Umfrageergebnissen ist die CSU auf 37,8 Prozent abgerutscht. Zunehmend mehr Menschen wenden sich gegen deren reaktionäre und volksfeindliche Politik. Demagogisch hetzt Markus Söder in seiner Regierungserklärung: *„Das Beste für Bayern“*, das Geld statt für Flüchtlinge erst mal für Bayern zu geben. Zynisch werden die Flüchtlinge zur Ursache wachsender Armut gemacht und Spaltung in die Arbeiterklasse getragen, Nationalismus und Chauvinismus verbreitet, um die Menschen für den Konkurrenzkampf der Konzerne zu gewinnen, der sich verschärft und die wachsende Gefahr eines neuen Weltkriegs heraufbeschwört. Denn die **Umverteilung des Reichtums** findet seit Jahren statt, nicht zu Gunsten der Flüchtlinge, sondern von arm nach reich! Während die in Bayern ansässigen DAX-Konzerne Adidas, Allianz, BMW, Fresenius Medical Care, Infineon Technologies, Linde und Siemens von 2013 bis 2017 ihren Umsatz auf 354 Milliarden Euro und ihre offiziellen Gewinne auf 35 Milliarden Euro gesteigert haben, **wächst auch in Bayern das Armutsrisiko**. 43,8 Prozent der alleinerziehenden Frauen sind von Armut bedroht, auch Familien mit drei oder mehr Kindern. Die **Explosion der Mieten** in den Ballungszentren trifft gerade Arbeiter, Familienund Rentner. Die sogenannte Mietpreisbremse sorgt geradezu dafür, dass die Mieten kontinuierlich steigen. Ministerpräsident Markus Söder betrieb als Finanzminister den Verkauf der 30 000 GBW-Wohnungen und bezeichnete die internationale Immobilienheuschrecke „Patrizia“ noch als „soliden“ Augsburger Konzern. Die Mieter dieser Wohnungen kämpfen gegen enorme Mietsteigerungen und können ein Lied von dem „soliden“ Verfall der Wohnungen singen.

Wir fordern die **Erhaltung und Schaffung von ausreichend, umweltgerechtem und preisgünstigem Wohnraum** in Bayern, einen **kostenlosen und attraktiven öffentlichen Nahverkehr**. Wir fördern den Zusammenschluss in den Betrieben und den **Kampf für Arbeitsplätze und Umweltschutz und gegen die verschärfte Ausbeutung**.

SPD und Grüne das kleinere Übel?

Die SPD als Regierungspartei in Berlin trägt diese Rechtsentwicklung mit, die von der ganzen Bundesregierung ausgeht, und alle Bereiche der Politik betreffen. Daran ändern auch kleine Zugeständnisse, wie zuletzt bei der Mütterrente nichts.

Vizekanzler Olaf Scholz stand an vorderster Front bei der Kriminalisierung und Unterdrückung der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Trotz alarmierender Dürre und Hitzeperiode ergreift die Große Koalition keine wirksamen Maßnahmen gegen den beschleunigten Übergang zu einer Klima- und Umweltkatastrophe.
Stattdessen werden mit der Politik der Anpassung an den „Klimawandel“ noch die letzten Umweltschutzziele aufgegeben. Auch die Zusammenarbeit mit faschistischen Regimes, wie das von Erdogan wird von der SPD unterstützt, natürlich alles unter „humanitären Gesichtspunkten“.
Soziale und linke Phrasen werden durch rechte Politik immer unglaubwürdiger und das Wesen der SPD als Monopolpartei wird deutlich. Nicht umsonst ist die SPD besonders in Bayern auf einem desaströsen Absturz in zunehmende Bedeutungslosigkeit. Und der grüne Landesvater Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg verteidigt den brutalen Polizeieinsatz gegen die Flüchtlinge in Ellwangen, ist selber Vertreter einer weiteren Einschränkung des Asylrechts und verschärfter Abschiebungen. Besonders gut versteht er sich auch mit dem Autokonzern Daimler und macht sich zum Sprachrohr ihrer Konzerninteressen auf Kosten der Umwelt.
Die Alternative ist nicht das kleinere Übel, sondern der breite Zusammenschluss im Internationalistischen Bündnis, dass sich 2016 als Antwort gegen den Rechtsruck der Regierung gegründet hat und bisher von 25 Organisationen und 22 000 Einzelpersonen unterstützt wird. Hier arbeiten fortschrittliche, antifaschistische und revolutionäre Kräfte gleichberechtigt zusammen, um die Kräfte zu bündeln. Die MLPD unterstützt dieses Bündnis und kandidiert mit Teilen davon 2019 mit der Liste MLPD/Internationalistische Liste bei den Landtagswahlen in Thüringen. Aus Gründen der Konzentration der Kräfte kandidiert diese Liste leider zur Landtagswahl in Bayern nicht. **Stoppt die Rechtsentwicklung, macht mit beim Internationalistischen Bündnis**.
Die AfD als Wegbereiter des Faschismus – Protest ist links!
Die AfD verteidigt die Hetzjagd des faschistischen Mobs in Chemnitz auf Flüchtlinge, als „Ausdruck des Volkswillens“ und übt offen den Schulterschluss mit Pegida und weiteren Faschisten. Damit entlarvt sie sich als Wegbereiter des Faschismus. Entgegen dem Image als Protestpartei, mit dem sie auch von den Medien gepuscht wird, vertritt sie die Interessen der reaktionären Herrschenden. Die AfD will Großverdiener steuerlich entlasten, die Renten- und Arbeitslosenversicherung privatisieren und steht dafür, viele der sowieso schon unzureichenden Umweltschutzmaßnahmen wieder rückgängig zu machen.
Sie steht damit nicht auf der Seite der Arbeiterklasse und des kleinen Mannes – sondern ist rechts.
Wirklicher Protest gegen soziale Ungerechtigkeit ist links!
Linke Mehrheiten im Parlament schaffen oder eine echte sozialistische Perspektive?
Im Wahlprogramm der **Linkspartei** gibt es viele Forderungen, die wir unterstützen und auch bereit sind, sie mit den Menschen durchzukämpfen. Doch im Kern ihres Wahlprogramms verbreitet die Linkspartei Illusionen in den Kapitalismus, dass er sozial gerecht gestaltet werden kann, grundlegend reformierbar ist und orientiert auf parlamentarische Mehrheiten links von der CSU. Mit an der Regierung,wie in Thüringen mit Ministerpräsident Bodo Ramelow, wird auch kein wirklich anderer Kurs verfolgt. Die MLPD sagt dagegen klipp und klar: Ohne die Abschaffung des Kapitalismus kann keines der grundlegenden Probleme gelöst werden. Wir brauchen den echten Sozialismus, um Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen und die Einheit von Mensch und Natur wieder herzustellen. Die wachsende Krisenhaftigkeit des Imperialismus fordert immer mehr diese grundsätzliche Lösung heraus und die Offenheit dafür wächst. **Deshalb setzt euch mit Politik und Programm der MLPD auseinander und werdet Mitglied in MLPD und Rebell!**
Wir rufen auf:
Am 14. Oktober keine Stimme den Parteien der Rechtsentwicklung - unterstützt einzelne fortschrittliche Kandidaten (siehe mlpd.de/bayern) oder **stimmt ungültig.**

Alle weiteren Informationen auf www.mlpd.de!